

1 Beschluss der Geschäftsführenden Vorstände
2 vom 20./21. April 2016

3 **TOP 6a: Mit einem starken Rechtsstaat**
4 **für Freiheit und Sicherheit**

5 Durch einen starken Rechtsstaat wollen wir die Freiheit und Sicherheit der
6 Bürgerinnen und Bürger umfassend schützen. Freiheit und Sicherheit sind
7 keine Gegensätze, sondern bedingen einander. Sicherheit ist eine
8 Voraussetzung für Freiheit und umgekehrt gibt es Sicherheit nur in Freiheit.

9 Immer wieder gibt es besondere Gefährdungen unserer öffentlichen
10 Sicherheit, auf die unser Staat reagieren muss: Dazu zählen der
11 gewaltbereite Islamismus, fremdenfeindlich motivierte Gewalttaten und
12 Brandanschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, organisierte Banden, die
13 Menschenhandel und Zwangsprostitution betreiben, Einbrüche begehen
14 und Autos stehlen, oder Straftaten, wie sie sich in der Silvesternacht in
15 Köln und anderen deutschen Großstädten ereignet haben.

16 Polizei und Sicherheitsbehörden sind durch die Arbeit der großen Koalition
17 insgesamt gut aufgestellt, die Einigung des Koalitionsausschusses vom
18 13. April 2016 werden wir zügig umsetzen. Anspruch weitsichtiger Politik ist
19 es, sie fortlaufend auf die Entwicklungen im Sicherheitsbereich
20 einzustellen. Augenmaß und Entschiedenheit sind dabei unsere
21 Richtschnur.

22 **Mit Härte und Entschiedenheit gegen den Terrorismus**

23 Die tragischen Terroranschläge in Paris und Brüssel verurteilen wir aufs
24 Schärfste. Das waren Anschläge im Herzen Europas, die gegen uns alle
25 gerichtet waren, gegen unsere Lebensweise und unsere Werte. Wir werden
26 in der großen Koalition mit aller Kraft dafür arbeiten, solche schrecklichen
27 Taten zu verhindern.

28 Die Bedrohung Deutschlands durch den islamistischen Terrorismus war
29 noch nie so groß wie heute. Insgesamt sind mehr als 800 deutsche
30 Islamisten in die Kriegsgebiete des Islamischen Staates aufgebrochen.
31 Rund ein Drittel von ihnen ist inzwischen in unser Land zurückgekehrt. Die
32 Gefährdung, die von ihnen ausgeht, nehmen wir sehr ernst. Wir sind
33 entschlossen, den islamistischen Terrorismus mit aller Härte und
34 Entschiedenheit zu bekämpfen.

- 35 1. Mit dem Haushalt 2016 hat die große Koalition die Sicherheitsbehörden
36 des Bundes in beispiellosem Maße gestärkt: Insgesamt erhalten sie
37 rund 4.000 Stellen zusätzlich, ihre Ausrüstung wird erheblich
38 verbessert. Auch in den kommenden Jahren wird es unabdingbar sein,
39 unsere Sicherheitsbehörden personell zu stärken. Wir wollen die innere
40 Sicherheit zu einem Investitionsschwerpunkt machen und streben eine
41 deutliche personelle Stärkung bis 2019 an. Insbesondere die
42 Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit plus (BFE+) der
43 Bundespolizei wollen wir weiter ausbauen, damit wir zur
44 Terrorismusbekämpfung und für schwere Lagen die passende Antwort
45 haben.
- 46 2. Damit die Unterstützer des islamistischen Terrorismus in unserem Land
47 sich nicht bei Kampfeinsätzen weiter radikalieren, haben wir bereits
48 das Reisen in terroristischer Absicht unter Strafe gestellt und die
49 Möglichkeit geschaffen, Extremisten nicht nur den Pass, sondern auch
50 den Personalausweis zu entziehen, um sie effektiv an einer Ausreise zu
51 hindern. Um Dschihadisten an ihrer Rückkehr nach Deutschland zu
52 hindern, wollen wir auch die gesetzlichen Möglichkeiten prüfen, unter
53 denen Personen die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt werden
54 kann, die im Ausland für eine Terrormiliz kämpfen und die neben der
55 deutschen eine weitere Staatsbürgerschaft besitzen.
- 56 3. Wir haben einen neuen Straftatbestand der Terrorismusfinanzierung
57 eingeführt und wollen die Finanzquellen von Terroristen konsequent
58 austrocknen. In Verfahren, die wegen des Verdachts des Vorliegens
59 einer Straftat wie der Terrorismusfinanzierung geführt werden, soll die
60 Einziehung von sichergestellten Vermögenswerten unklarer Herkunft
61 ermöglicht werden, wenn das Gericht aufgrund der Gesamtumstände
62 davon überzeugt ist, dass sie aus einer rechtswidrigen Tat herrühren.
63 Zudem wollen wir es auch ermöglichen, dass innereuropäische
64 Finanztransfers zur Terrorismus-Bekämpfung überwacht werden
65 können.
- 66 4. Islamistischen und anderen extremistischen Spendensammelvereinen
67 werden wir die Grundlage entziehen. Es bedarf einer schnelleren
68 Aberkennung der Gemeinnützigkeit, um die Finanzierungsmöglichkeit
69 über Spenden zu stoppen. Auch bei Straftaten nach dem Vereinsgesetz
70 halten wir eine vereinfachte Einziehung von Vermögen und die
71 Möglichkeit der vorläufigen Sicherstellung für sinnvoll, damit das
72 Vereinsvermögen im Verbotsfall nicht bereits dem Zugriff des Staates
73 entzogen wurde.
- 74 5. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 20. April 2016 zum
75 BKA-Gesetz werden wir rasch eingehend analysieren und zügig einen
76 Gesetzentwurf vorlegen. Wir begrüßen, dass die vom
77 Bundesverfassungsgericht überprüften präventiven Befugnisse des
78 Bundeskriminalamtes im Kampf gegen den internationalen Terrorismus
79 im Grundsatz mit dem Grundgesetz vereinbar sind. Aufgrund der
80 angespannten Sicherheitslage werden wir die notwendigen Änderungen
81 des BKA-Gesetzes noch in dieser Legislaturperiode beschließen.

- 82 6. Es kann nicht sein, dass Verstöße gegen ein ausgesprochenes
83 Vereinigungsverbot nur dann strafbar sind, wenn sie sich konkret auf
84 den organisatorischen Zusammenhalt stützen. Mit jeder Unterstützung
85 der Tätigkeit einer verbotenen Organisation, sei sie islamistisch, sei sie
86 links- oder rechtsextrem, wird strafwürdiges Unrecht verwirklicht.
- 87 7. Wer nach Einschätzung unserer Sicherheitsbehörden zu Straftaten von
88 erheblicher Bedeutung bereit ist, weil er terroristische Aktivitäten
89 unterstützt, muss im Blick der Sicherheitsbehörden bleiben. Daher
90 werden wir eine Erweiterung der elektronischen
91 Aufenthaltsüberwachung prüfen und uns für eine konsequente
92 Anwendung der bestehenden Rechtsgrundlagen im Polizeirecht
93 einsetzen.
- 94 8. Die Sicherheitsbehörden müssen technisch so ausgerüstet sein, dass
95 sie ihre Aufgaben in vollem Umfang erfüllen können. Dies gilt gerade
96 auch im digitalen Zeitalter. Bei der Überwachung verschlüsselter
97 Kommunikation müssen wir mit der technischen Entwicklung Schritt
98 halten. Den rechtlichen Befugnissen müssen angesichts des rasanten
99 technischen Fortschritts auch die technischen Fähigkeiten entsprechen.
100 Dabei geht es weder um eine Schwächung einer vertrauenswürdigen
101 und starken Verschlüsselung, noch um eine Verpflichtung zur
102 Schlüsselhinterlegung oder den Einbau von Hintertüren. Eine
103 vertrauenswürdige und starke Verschlüsselung darf aber nicht dazu
104 führen, dass die Ermittlungsbehörden bei Verdacht auf schwere
105 Straftaten im Rahmen der Telekommunikationsüberwachung auf
106 Grundlage einer richterlichen Anordnung „blind“ sind. Deshalb muss es
107 bei der Verfolgung schwerer Straftaten durch den Einsatz der Quellen-
108 Telekommunikationsüberwachung möglich sein, „vor“ der
109 Verschlüsselung anzusetzen. Wir setzen uns daher für eine
110 klarstellende Rechtsgrundlage in der Strafprozessordnung ein, die den
111 Anforderungen Rechnung trägt, die das Bundesverfassungsgericht zu
112 der genannten Eingriffsmaßnahme formuliert hat.
- 113 9. Nicht erst seit den Anschlägen von Paris und Brüssel wissen wir, dass
114 terroristische Netzwerke grenzüberschreitend agieren und die
115 Schwächen dezentraler Polizeistrukturen in Europa gezielt nutzen. Auf
116 europäischer Ebene treten wir für einen bestmöglichen
117 Informationsaustausch zwischen den Sicherheitsbehörden in Europa
118 ein. Es ist an der Zeit, zügig eine europäische Sicherheitsarchitektur mit
119 eigenen Sicherheitsbehörden aufzubauen und die Zusammenarbeit der
120 Nachrichtendienste auf europäischer Ebene auch durch gemeinsame
121 Dateien zu intensivieren. Angesichts wachsender Terrorbedrohungen
122 wollen wir die europäische Polizeibehörde Europol weiter ausbauen
123 und personell verstärken. Unser Ziel ist es, so schnell wie möglich ein
124 gemeinsames europäisches Terrorabwehrzentrum nach deutschem
125 Vorbild zu etablieren.
- 126 10. Für den Kampf gegen den internationalen Terrorismus, kriminelle
127 Banden und die illegale Migration ist es auch notwendig, dass wir
128 künftig Zeitpunkt und Ort der Ein- und Ausreise von
129 Drittstaatenangehörigen in den Schengen-Raum erfassen. Aus diesem
130 Grund treten wir für die zügige Einführung eines europäischen Ein- und

131 Ausreiseregisters für die EU-Außengrenzen ein. In diesem Sinne
132 werden wir den in Kürze erwarteten überarbeiteten Vorschlag der
133 Kommission zum Paket „Intelligente Grenzen“ konstruktiv beraten, der
134 neben dem Ein- und Ausreiseregister auch ein Programm für
135 registrierte Reisende enthalten wird.

136 11. Mindestens ebenso wichtig sind wirksame Präventionsmaßnahmen,
137 Aufklärung über religiösen Fanatismus, politische Bildung und die
138 flächendeckende Etablierung von Beratungsstellen zur
139 Deradikalisierung. Besonders auf Bildung als Mittel gegen
140 Radikalisierung muss ein Augenmerk gerichtet werden. Für eine
141 nachhaltige Präventionsstrategie ist die Mitwirkung der Zivilgesellschaft
142 unverzichtbar. Zudem gilt es, das beim Bundesamt für Migration und
143 Flüchtlinge angesiedelte zivilgesellschaftliche Netzwerk der
144 Beratungsstelle Radikalisierung zu stärken.

145 12. Um die Sicherheit von Großveranstaltungen besser zu gewährleisten,
146 werden wir höhere Anforderungen an die Qualifikation von privaten
147 Sicherheitsdienstleistern stellen und die Möglichkeit schaffen, Personal
148 durch die Sicherheitsbehörden überprüfen zu lassen.

149 **Konsequente Strafverfolgung von rechts- und linksextremen** 150 **Gewalttaten**

151 Rechts- und Linksextremismus dürfen in unserem Staat keinen Raum
152 finden. Wir nehmen nicht hin, dass das grundgesetzlich geschützte
153 Versammlungsrecht missbraucht wird für Straßenschlachten mit der
154 Polizei, die Verletzung von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten und das
155 Skandieren extremistischer Parolen. Die Länder und der Bund müssen alle
156 Mittel des Rechtsstaats ausschöpfen, um dieser Gefahr für die öffentliche
157 Sicherheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land
158 entgegenzutreten.

159 Menschen, die vor Krieg und Terror geflohen sind, verdienen Schutz und
160 dürfen bei uns nicht Opfer von fremdenfeindlich motivierten Straftaten und
161 rechtsextremistischen Terroristen werden. Gegen die zahlreichen
162 Brandstiftungsdelikte an geplanten und teils bereits bewohnten
163 Flüchtlingsunterkünften müssen wir uns mit der Härte des Rechtsstaats
164 wehren. Daher setzen wir uns für eine konsequente Aufklärung solcher
165 Hassverbrechen ein und werden dem BKA und der Bundespolizei die
166 erforderlichen Mittel zur Unterstützung der Länder zur Verfügung stellen.

167 **Konsequente Bekämpfung der Organisierten Kriminalität und** 168 **Alltagskriminalität**

169 Im Bereich der Organisierten Kriminalität werden Straftaten begangen, die
170 nicht nur Milliarden Schäden für unsere Gesellschaft erzeugen, sondern die
171 Opfer tief traumatisieren. Ersteres gilt insbesondere für Wirtschafts- und
172 Finanzkriminalität sowie für Steuerhinterziehung im großen Stil, etwa über
173 sogenannte Umsatzsteuerkarusselle. Letzteres gilt insbesondere für die
174 Einbruchskriminalität, zu der wir einen gesonderten Beschluss gefasst

175 haben. Bei der organisierten Kriminalität sind häufig grenzüberschreitend
176 agierende Banden unterwegs. Diese Entwicklung wollen wir entschieden
177 bekämpfen.

178 1. Die Enthüllungen über in Panama gegründeten Briefkastenfirmen
179 zeigen, dass sich Steueroasen nach wie vor den internationalen
180 Transparenzverpflichtungen entziehen. Die Briefkastenfirmen
181 dienen zur Verschleierung der tatsächlichen Eigentümer. Sie leisten
182 Geldwäsche und Steuerbetrug Vorschub. Mehr Transparenz ist
183 daher ein wichtiger Bestandteil bei der Bekämpfung von
184 Steuerhinterziehung und Terrorismusfinanzierung. Um wirksam
185 gegen internationale Geldwäsche und Steuerhinterziehung
186 vorgehen zu können, werden wir ein verbindliches
187 Transparenzregister schaffen.

188 2. Wir müssen zudem dafür sorgen, dass das Bundeskriminalamt
189 durch Expertise, Lageanalysen und technische Unterstützung den
190 Ländern bei der Bekämpfung und Aufklärung weiter zur Seite steht.
191 Das Bundeskriminalamt muss in seiner Zentralstellenfunktion
192 gestärkt werden. Die Koordinierungsstelle zur Bekämpfung
193 organisierter Kriminalität beim Bundeskriminalamt wollen wir
194 personell verstärken.

195 3. Zur Bekämpfung von Alltagskriminalität und Terror ist der vermehrte
196 Einsatz von Videotechnik wie etwa auf Bahnhöfen, im öffentlichen
197 Personennahverkehr und auf öffentlichen Plätzen erforderlich.

198 4. Im Bereich der Jugendkriminalität müssen präventive und
199 repressive Bekämpfungsansätze besser miteinander verbunden
200 werden. Durch eine schnelle Reaktion von Polizei und Justiz
201 müssen früh klare Grenzen aufgezeigt werden, um im engen
202 zeitlichen Zusammenhang zur Tat erzieherisch auf die jungen
203 Straftäterinnen und Straftäter einzuwirken und hierdurch weitere
204 potenzielle Opfer zu schützen. Dazu streben wir praktische und
205 gesetzgeberische Verbesserungen an.

206 5. Wir setzen uns für die Einführung des Fahrverbots als Sanktion für
207 alle Straftaten und eine entsprechende Erweiterung der
208 jugendgerichtlichen Sanktionsmöglichkeiten ein.

209 6. Schließlich werden wir Menschenhandel, Zwangsprostitution und
210 Arbeitsausbeutung konsequent bestrafen. Die
211 Menschenhandelstatbestände werden dazu objektiver und damit
212 praktikabler ausgestaltet, um mehr Verurteilungen von Tätern zu
213 ermöglichen. Freier machen sich in Zukunft strafbar, wenn sie
214 wissentlich und willentlich die Zwangslage der Opfer von
215 Menschenhandel und Zwangsprostitution ausnutzen.

216

217 **Rote Karte bei sexuellen Übergriffen**

218 Wir verurteilen die Straftaten und Attacken in der Kölner Silvesternacht und
219 in anderen Städten und haben auf sie umgehend mit einer Verschärfung
220 des Ausweisungsrechtes reagiert.

221 Es muss klar sein: Sexualdelikte sind keine Kavaliersdelikte. Um einen
222 besseren Schutz vor sexueller Gewalt zu gewährleisten, reformieren wir
223 das Sexualstrafrecht. Strafbarkeitslücken bei Vergewaltigung und sexueller
224 Nötigung werden wir schließen und auch sexuelle Belästigungen unter
225 Strafe stellen. Dabei werden wir auch die besondere Gefährlichkeit
226 gemeinschaftlicher Tatbegehung in den Blick nehmen.

227 **Besserer Schutz für Polizei und Einsatzkräfte**

228 Die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD stehen seit jeher an der
229 Seite der Polizistinnen und Polizisten, der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
230 der anderen Sicherheitsbehörden, der Soldatinnen und Soldaten und der
231 Rettungskräfte, die tagtäglich mit großem persönlichem Einsatz unsere
232 Demokratie, unseren Rechtsstaat und unsere Sicherheit schützen. Ihre
233 verantwortungsvolle Arbeit verdient unseren hohen Respekt. Wir sind ihnen
234 dankbar und werden ihre Arbeit auch weiterhin politisch, rechtlich, praktisch
235 und finanziell nachdrücklich unterstützen und sie gegen unberechtigte
236 Vorwürfe in Schutz nehmen.

237 1. Wir werden unsere Polizei und Einsatzkräfte weiterhin nachhaltig
238 durch bessere Ausbildung, häufigere Trainings und Coachings,
239 verbesserten behördeninternen Opferschutz und bessere
240 Ausrüstung (bspw. Body-Cams) unterstützen. Hierfür stellen wir
241 Mittel im Haushalt 2017 zur Verfügung.

242 2. Zudem sehen wir, dass auch Helferinnen und Helfer oft als
243 Hassobjekt herhalten müssen, an dem ohne Hemmungen
244 Aggressionen und Unzufriedenheit ausgelassen werden. Wir
245 werden deshalb durch entsprechende Prioritätensetzung im
246 Haushalt 2017 Mittel zur Verfügung stellen und eine Kampagne
247 starten, um das gesellschaftliche Klima gegenüber Polizistinnen und
248 Polizisten, Rettungskräften und Feuerwehrleuten zu verbessern.
249 Wer für uns seinen Kopf hinhält, der muss auf unsere Unterstützung
250 zählen können. Daher setzen wir ein klares Zeichen: Wer Polizisten
251 oder Rettungskräfte angreift, der greift uns alle an.

252 Rust, April 2016